Warmbrunner Nachrichten

Unparteiische Tageszeitung für das Riesengebirge.

Erscheint täglich mit Ausnahme der Tage nach Sonn- und Feiertagen. — Bezugspreis: Wöchentlich 35 Pfg., monatlich 1,45 Mk., durch die Post 1,40 Mk. — Im Falle höherer Gewalt, Betriebsstörung oder Streik haben die Bezieher kein Anrecht auf Nachlieferung.

Anzeigenpreis: Die 6-gespaltene Petitzeile 15 Pfg., für auswärtige Inserenten 25 Pfg., die 3-gespaltene Reklame-Zeile 75 Pfg. bezw. 1.— Mk., tabellarischer Satz bis 100 Prozent Zuschlag. Etwaiger Rabatt wird hinfällig, wenn der Betrag nicht innerhalb 3 Tagen nach Rechnungserhalt bezahlt ist, ebenso erlischt derselbe bei Konkurs od. gerichtl. Beitreibung.

Schriftleitung: Paul Fleischer, Druck und Verlag: Paul Fleischer, Bad Warmbrunn, Voigtsdorfer Straße 3. Fernsprecher 115. Postscheckkonto: Nr. 6746 Breslau.

Nummer 283. Freitag, den 3. Dezember 1926. 45. Jahrgang

Deutschland und das Kontrollrecht.

Deutsche Denkschrift an den Völkerbundrat.

Der Streit um die Militärkontrolle.

Vor dem Auswärtigen Ausschuß des Reichstages hat Dr. Stresemann in Ausführungen über die Militärkontrolle Bezug genommen auf einen Brief, den er am 12. Januar 1926 dem Generalsekretär des Völkerbundes geschrieben hat. Diesen Brief, der als „Note der Reichsregierung" bezeichnet wird, veröffentlicht jetzt der „Daily Telegraph" im Wortlaut. Es heißt darin, daß die deutsche Regierung bereit sei, „in Übereinstimmung mit Artikel 213 des Versailler Vertrages sich jeder Investigation (Kontrolle) zu fügen, die der Völkerbund durch Mehrheitsbeschluß für notwendig erachtet". Sie sei weiterhin bereit, jede Erleichterung für die Ausübung dieser Kontrollmaßnahmen innerhalb der Grenzen des Versailler Vertrages zu gewähren, weil eine derartige Kontrolle der deutschen Regierung ein gewisses Maß von Schutz gegen ungerechtfertigte Anschuldigungen gebe. An diese Erklärung schließt der Reichsaußenminister aber folgende Bemerkung:

1. Daß der Artikel 213 die Kontrollmaßnahmen nur in gewissen Fällen rechtfertigt, nämlich, wenn bestimmte Umstände zu dem Glauben berechtigen, daß Deutschland seinen Verpflichtungen nicht nachkomme.

2. Daß die Errichtung von ständigen Kontrollorganen nicht für die entmilitarisierte Rheinlandzone gelten könne.

3. Daß die Machtbefugnisse, die der Kontrollkommission vom Völkerbund für ihre Beziehungen zu deutschen Behörden gegeben werden sollen, beträchtlich hinausgehen über das, was die deutsche Verfassung zulasse und was zur Erreichung des angestrebten Zieles notwendig sei.

Dr. Stresemann schließt mit dem Ausdruck der Hoffnung, daß einer Verständigung über diese Punkte besondere Schwierigkeiten nicht im Wege stehen werden. Nach dem Eintritt in den Völkerbund hat die deutsche Regierung dann Feststellungen in Deutschland unternehmen dürften, Übernahme der Kontrolle durch den Völkerbund Deutschland auch in jenen Untersuchungskommissionen eine Vertretung erhalten werde die für nichtdeutsche Gebiete in Frage kommt.

Wie weiter berichtet wird, steht auch die englische Regierung auf dem Standpunkt, daß erstens die Errichtung einer ständigen Kontrolle in der entmilitarisierten Rheinlandzone unmöglich sei, und daß zweitens nach ihrer Auffassung auch die Beauftragten des Völkerbundes nur dann Feststellungen in Deutschland unternehmen dürfen, wenn sie hierzu durch den Völkerbundrat auf Grund eines Mehrheitsbeschlusses ermächtigt worden seien.

Deutschlands Standpunkt.

In Berliner diplomatischen Kreisen wird darauf hingewiesen, daß die Reichsregierung die Anerkennung der von Deutschland in der Januarnote gemachten Vorbehalte auch heute noch als unerläßliche Vorbedingung für die Übertragung des Untersuchungsrechtes an den Völkerbund betrachtet. Deutschland ist zwar durch den Artikel 213 des Versailler Vertrages gehalten, jede Untersuchung zu dulden, die der Rat des Völkerbundes mit Mehrheitsbeschluß für notwendig erachtet, keinesfalls aber zur Anerkennung der in dem Investigationsprogramm des Völkerbundes verewigten Kontrolleverpflichtet. Die Ausübung einer solchen Kontrolle durch die besonders von französischer Seite geforderten „elements stables" (ständigen Kontrollorganen) ist für Deutschland vollständig untragbar.

Kleine Zeitung für eilige Leser.

* Wie jetzt bekannt wird, hat die deutsche Regierung im Januar dieses Jahres dem Völkerbund eine längere Note über den Standpunkt Deutschlands zur Militärkontrolle zugehen lassen.

* In Baumholder (Regbz. Trier) hat eine Frau ihren geschiedenen Mann drei Jahre auf dem Heuboden gefangengehalten, wo er jetzt in völlig verkommenem Zustand aufgefunden wurde.

* Maskierte Räuber unternahmen einen Überfall auf die Stationskasse in Landshut. Es gelang, sie dingfest zu machen.

* Im amerikanischen Haushaltsausschuß wurde eine Vorlage über die Rückgabe deutscher Vermögen zunächst in Höhe von 80 % angenommen.

Sieger Poincare.

Von einem politischen Mitarbeiter wird uns geschrieben:

„Man spricht vergebens viel, um zu versagen,
Der andere hört von allem nur das Nein!"

Dieses Goethe-Wort kann man nun wirklich als auf die Stimmung passend anwenden, mit der wir die Reden französischer Politiker — einschließlich Briands — über die deutsch-französischen Beziehungen vernehmen. Diesmal hat er bei der Kammerdebatte über die auswärtige Politik besonders viel gesprochen, besonders viele Worte gemacht, die das Nein nur schlecht verhüllten. Dabei muß er selbst eingestehen, daß es „keine Kleinigkeit ist, wenn Deutschland ein Papier unterzeichnet, durch das es die Grenzen anerkennt und auf jede Gewalttat verzichtet". Briand erklärt, daß Thoiry „nur eine Besprechung gewesen sei wie viele andere auch". Ganz kurz und kalt.

Diese Mitteilung ist für uns Deutsche doch recht überraschend. Hieß es doch wieder einmal: eine neue Ära sei angebrochen, und man sprach von dem „Geist von Thoiry", einem ganz besonderen Geist; aber Briand spricht ihm jetzt jede Besonderheit ab. Dann wird wohl überhaupt nicht mehr viel von ihm übrigbleiben und man kann sich die Anbringung einer Gedenktafel in jenem Hotelzimmer sparen. Wozu denn übrigens damals die ganze Geheimniskrämerei?

„Das Rheinland ist besetzt als ein Pfand, das zu einem ganz besonderen Zweck bestimmt ist" — wir kennen den Zweck: Faustpfand für die „Sicherheit" Frankreichs, nicht etwa bloß für die prompte Reparationszahlung. Trotz Locarno und Genfer Völkerbund. Denn Frankreich „strebt Garantien an". Und sie folgen schnell genug: Völkerbundkontrolle, Abrüstung — man kennt die Litanei, kennt das Sprüchlein vom edelmütigen Frankreich, dem unberechtigten Verlangen Deutschlands. Aber ein kleiner Trost ist uns geblieben: die Rheinlandbesetzung könne „vermenschlicht" werden; es wäre doch gut, wenn Zwischenfälle nicht mehr vorkämen. Sagt Briand zu uns, statt diese Mahnung an die Besatzungstruppen zu richten.

Und nun auf der anderen Seite die Reichstagsrede des Ministers für die besetzten Gebiete, Dr. Bells. Es gibt keine Brücke, die vom Reichstag zur französischen Deputiertenkammer führt. „Mit dem Geist von Locarno sei die Besetzung unvereinbar," erklärt der deutsche Minister — und Briand bestreitet das kategorisch. „Wir müssen erwarten, zumal nach unserem Eintritt in den Völkerbund, daß auch wir als eine Kulturnation gewürdigt werden und daß man auch jenseits unserer Grenzen nicht vergessen darf, daß auch wir Deutschen eine Ehre haben, deren Schutz wir in vollem Maße für uns in Anspruch nehmen," fordert Dr. Bell — aber Briand erklärt: Erst kommt die Sicherung Frankreichs: durch Waffenmacht und Ordonnanzen. Die Zwischenfälle häufen sich, verschlimmern sich, werden zu großer Gefahr. Seit dem März sind ganze 8000 Mann abtransportiert worden, noch 80 000 Mann stehen im Rheinland. Mit auffallend scharfen Worten protestiert Dr. Bell gegen den Widersinn, daß dort ein derartig gewaltiger militärischer Apparat auf dem Lande lastet und gleichzeitig der Deutsche neben dem Franzosen am Genfer Ratstisch sitzt. Man spricht verschiedene Sprachen in Berlin und in Paris und die Verständigung läuft Gefahr, im Aufkeimen zertreten zu werden. Uns aber bleibt nichts anderes übrig, als unsere Bemühungen fortzusetzen, durch Stillschweigen unserer Zustimmung Ausdruck zu geben. Und im Rahmen des Möglichen dem bedrängten Lande zu helfen. Dr. Bell führte dann im einzelnen aus, welche Aufwendungen Reich und Länder für das Rheinland bereitstellen, wie die Arbeitslosigkeit besonders drückend empfunden wird. Wo aber unter dem Druck der Besatzung neben der wirtschaftlichen Not die geistige nicht minder stark ist. Mehr können wir ja nicht tun als protestieren. Aber die Rede Briands hat ganz deutlich gezeigt, daß für uns vorläufig nicht viel zu hoffen ist. Ebenso innenpolitisch wie außenpolitisch ist Poincaré Sieger geblieben.

*

Eine offiziöse deutsche Auslassung.

Die Dr. Stresemann nahestehende Deutsche diplomatisch-politische Korrespondenz behandelt die Rede Briands und stellt darin mit Befriedigung fest, daß Briands Ausführungen unbeeinflußt von der zum Teil ziemlich scharfen Auseinandersetzung der letzten Wochen im Einklang mit dem Geiste stehe, in welchem die Besprechung von Thoiry geführt worden sei.

Zu der Wendung Briands, daß die Rheinlandbesetzung nicht eine Demütigung Deutschlands bezwecke, sondern ein Pfand und dazu bestimmt sei, Frankreich Bürgschaften zu geben, schreibt die Korrespondenz: Das ist eine Formulierung, die sich mit der Praxis der Vergangenheit nur sehr wenig deckt, von der wir aber darum um so lieber Kenntnis nehmen, denn ein Pfand läßt sich auslösen, ein Pfand, dessen Bedeutung frei ist von politischen, moralischen und Gefühlsmomenten, kann den Gegenstand eines Tausches, eines materiellen Ausgleichs bilden. Und ein solcher materieller Ausgleich ist nach der faktischen Befriedigung des französischen Sicherheitsbedürfnisses durch den Locarnopakt ja auch ein Gegenstand der Besprechung von Thoiry gewesen, wobei man sich beiderseits darüber klar war, daß ein solches Verfahren mit dem Eingehen auf Lebensbedürfnisse beider Seiten zugleich eine entscheidende Friedensgarantie und eine Bürgschaft für jenes Zusammenarbeiten schaffen würde, wie es Briand nach seiner letzten Rede anstrebt.

Der Thronstreit in Rumänien.

Ein sensationelles Handschreiben des Königs.

Im Senat in Bukarest verlas der Präsident ein Handschreiben des Königs Ferdinand an die Ministerpräsidenten. In diesem Schreiben drückt König Ferdinand zunächst den Dank für die teilnehmende Sorge aus, welche die Allgemeinheit ihm entgegenbringe, und sagt, er hoffe, da er sich bedeutend wohler fühle, noch lange Zeit die Lasten seines schweren Amtes im Interesse des Landes, dem er schon viele Opfer gebracht habe, tragen zu können. Der König erklärt weiterhin Gesetze und Verfassung als ein- für allemal gegeben und unumstößlich. An ihnen zu rütteln liege nicht im Interesse des monarchischen Prinzips. Der König fordert schließlich alle seine Getreuen auf, sich um den Thron zu scharen.

Dieses Schreiben des Königs steht natürlich im Mittelpunkt des politischen Interesses des Landes. Sein Inhalt hat ungeheure Sensation hervorgerufen. Wie weiter bekannt wird, hat König Ferdinand in dem Briefe noch geschrieben, er habe es mit Bedauern bemerkt, wie seine Erkrankung dazu benutzt werde, um die dynastiuntergraben. Es sei nicht angängig, daß das Schicksal untergraben. Es sei nicht angängig, daß das Schicksal der Krone von dem Willen irgend jemandes abhängig gemacht werde. Der König spricht weiter davon, daß er den unsittlichen Folgen der Irrungen und Schwankungen seines Sohnes ein Ende setzen müsse. Er werde alle nationalen Kräfte sammeln, um die Respektierung seiner Entscheidungen durchzusetzen.

In politischen Kreisen verlautet, daß die Nachrichten über die Wiederherstellung des Königs nicht den Tatsachen entsprechen. Der Pariser Radiologe Hartmann ist nach Bukarest berufen worden, um der Operation an dem König beizuwohnen.

Deutscher Reichstag.

(243. Sitzung.) CB. Berlin, 1. Dezember.

Zunächst wurde ohne Aussprache ein kommunistischer Antrag auf Erhöhung der Grundgehaltszuschläge bei den unteren und mittleren Besoldungsgruppen dem Haushaltsausschuß überwiesen. Die zweite Beratung des Nachtragsetats wurde dann fortgesetzt beim

Haushalt des Reichsministeriums für Ernährung und Landwirtschaft.

Abg. Passehl (Soz.) führte Beschwerde darüber, daß die Kleinküstenfischer die Reichskredite um 5 % verzinsen müssen, während von der Hochsee- und Großfischerei nur 3 % genommen würden.

Abg. Hörnle (Komm.) wandte sich gegen jede weitere Erhöhung der Agrarzölle und beantragte einen Notstandskredit von 20 Millionen zum Ankauf von Düngemitteln für notleidende bäuerliche Familienbetriebe und 5 Millionen zur Speisung von Proletarierkindern.

Abg. Neumann (Ztr.) beantragte die Bereitstellung von 200 000 Mark zur Unterstützung für die infolge des Zollkrieges mit Polen an der Fischausfuhr behinderten ostpreußischen See- und Küstenfischer, insbesondere der des Oberfischmeisterbezirks Pillau.

Abg. Frau Bohm-Schuch (Soz.) warf den Kommunisten vor, sie hätten durch ihr Verhalten die Bereitstellung der 5 Millionen zur Speisung armer Kinder bisher verhindert. Da sei es schon ein Erfolg, daß wenigstens 2 Millionen vom Ausschuß für die Kinderspeisung bewilligt worden seien. Damit schloß die Beratung.

Der Antrag Neumann (Ztr.) wurde dem Ausschuß überwiesen, ebenso der kommunistische Antrag auf Düngemittelbeschaffung für Kleinbauern. Der kommunistische Antrag auf Bewilligung von 5 Millionen für die Kinderspeisung wurde gegen die Antragsteller abgelehnt, die vom Ausschuß beantragten 2 Millionen bewilligt.

Es folgte die zweite Beratung des

Haushalts des Reichsministeriums des Innern

Der Ausschuß beantragt, den Betrag von 675 000 Mark zum Ankauf eines Dienstgebäudes für das Gesetzsammlungsamt zu streichen, ebenso die Mehrforderung von 65 000 Mark zur Förderung der Beamtenerholungsheime. Nach einem weiteren Ausschußantrag sollen verheiratete Beamte bei Versetzungen an Orte mit höheren Bildungsanstalten bevorzugt werden.

Abg. Crispien (Soz.) begründete eine sozialdemokratische Interpellation, die sich dagegen wendet, daß entgegen dem Spruch der Oberprüfstelle die

Aufführung des Potemkinfilms

von den Landesbehörden in Bayern und Württemberg verboten worden ist.

Der Redner erklärte unter lauten Hört-hört!-Rufen der Linken, daß hinter den bayerischen und württembergischen Verboten das Reichskommissariat für öffentliche Ordnung und das Reichswehrministerium stünden.

Reichsinnenminister Dr. Külz

erklärte, die in der Interpellation erörterten Vorgänge bedürften sorgfältiger Prüfung durch die Reichsregierung. Diese hätte sich mit der bayerischen und der württembergischen Regierung ins Benehmen gesetzt. Die Antwort der württembergischen Regierung stehe zurzeit noch aus. (Die Sozialdemokraten weisen auf den Zentrumsabgeordneten Holz und rufen: „Da sitzt der zuständige württembergische Innenminister [?]) Soweit diese Antwort vorliege, sei er bereit, die Interpellation inhaltlich zu beantworten. (Laute Zurufe links: Was hat denn Bayern geantwortet?)

Abg. Dr. Philipp (Dtn.) erklärte, er kenne persönlich den Potemkinfilm nicht, aber, wenn durch ihn tatsächlich die alte

Autorität im Heere gefährdet werde, dann sei das Verbot gerechtfertigt. Die Interpellation beweise nur, wie notwendig eine Revision der Verfassungsbestimmungen sei, die das Verhältnis zwischen Reich und Ländern regeln. Der Redner begründet dann eine Interpellation der Deutschnationalen, worin die Reichsregierung gefragt wird, wann endlich die im Artikel 174 der Verfassung verheißene Reichsschulgesetzvorlage vorliegen werde. Die Mehrheit des Volkes verlange die Verankerung der christlichen Bekenntnisschule in einem Reichsschulgesetz. Wenn die Reichsregierung die alte Forderung des Reichsschulgesetzes nicht schnell erfülle, dann müsse an die letzte Instanz, an das deutsche Volk, mit dem Mittel des Volksentscheides appelliert werden.

Reichsinnenminister Dr. Külz erklärte, daß der Entwurf des Reichsschulgesetzes im Reichsinnenministerium fertiggestellt sei.

Abg. Torgler (Komm.) erklärte die Antwort des Ministers auf die Potemkin-Interpellation als ein starkes Stück. Die Entwürfe dieses Ministers seien reaktionär.

Abg. Rheinländer (Ztr.) betonte, das Zentrum habe sich immer mit größtem Eifer für die schleunige Verabschiedung eines Reichsschulgesetzes eingesetzt. Der neuerliche Eifer der Deutschnationalen wecke aber den Verdacht, als ob es ihnen nicht bloß um die Sache zu tun sei, sondern auch um gewisse Parteiziele.

Abg. Meyer-Franken (Komm.) erklärte, in Bayern seien Polizeiwillkür und dauernder Verfassungsbruch an der Tagesordnung.

Preußischer Landtag.

(224. Sitzung.) tt. Berlin, 1. Dezember.

Das Haus setzt die Beratung der Beteiligung von Ober- und Niederschlesien am Arbeitsbeschaffungsprogramm der Reichsregierung fort.

In den Abstimmungen wurden die Ausschußanträge angenommen, die unbeschadet des Sofortprogramms des Reiches eine Reihe von Bahnbauten in den beiden schlesischen Provinzen sowie auch im Westen verlangen und auf die Reichsregierung eine Einwirkung wünschen, daß der Plan der Schiffbarmachung von Mosel und Saar in das Arbeitsprogramm aufgenommen werde. Die Kanalisierungsanträge gingen nochmals an den Hauptausschuß zurück. Bei der Reichsregierung soll darauf hingewirkt werden, daß dem Lande Preußen ein seiner Größe und seiner wirtschaftlichen Bedeutung entsprechender Anteil an der Durchführung des Arbeitsbeschaffungsprogramms eingeräumt wird.

Es folgte die zweite Beratung der Vorlage über die

Umgemeindungen in Oberschlesien.

Hierüber hat der Hauptausschuß sich in zwei Lesungen sehr eingehend unterhalten. Im wesentlichen handelt es sich um die Neugestaltung der Stadt- und Landkreise Ratibor, Gleiwitz und Beuthen, die die neue Grenzziehung und neue kommunale Aufgaben notwendig machen.

Das Haus stimmt nach kurzer Debatte mit unwesentlichen Änderungen unter Ablehnung aller kommunistischen Abänderungsanträge der Vorlage in zweiter Lesung nach den Ausschußbeschlüssen zu.

Darauf vertagt sich das Haus auf Donnerstag.

Das deutsche Vermögen in Amerika.

Ausschußbeschluß über die Rückgabe.

Der amerikanische Haushaltsausschuß beschloß einstimmig, die Vorlage über die Rückgabe deutscher Vermögen und die Entschädigung amerikanischer Ansprüche auf folgender Grundlage aufzubauen: Die Eigentümer beschlagnahmter Vermögen sollen unmittelbar nach der Annahme der Vorlage 80 % erhalten. Die restlichen 20 % verbleiben in den Händen des Verwalters der beschlagnahmten Vermögen, bis die amerikanischen Ansprüche befriedigt sind. Die Gläubiger erklärten sich bereit, sich mit der Tilgung von vorläufig 70 % ihrer Forderung zufriedenzugeben, wenn der Rest sukzessiv erstattet wird. Ein unparteiisches Schiedsgericht soll den Wert der deutschen Schiffe, der Patente und der Funkstationen abschätzen, die sich in den Händen der amerikanischen Regierung befinden, worauf das Schatzamt die zur Tilgung der Ansprüche nötige Summe, die auf 50 Millionen Dollar geschätzt wird, flüssig machen soll. Alle Beteiligten sollen sich mit dieser Regelung einverstanden erklärt haben.

Politische Rundschau.

Deutsches Reich.

Beamtenforderungen und Länder.

Der Reichsfinanzminister hatte den Spitzenorganisationen der Beamten eine Weihnachtszulage in Aussicht gestellt. Mit diesem Versprechen ist er jetzt auf den Widerstand der Länderregierungen gestoßen. Die Länder erklären, sie könnten die Zulage nicht geben, bevor nicht die Frage des Finanzausgleichs geregelt sei.

Die Arbeitszeitfrage.

Im Reichstage fanden Verhandlungen des Reichskanzlers und des Reichsarbeitsministers mit den Parteiführern über die Arbeitszeitfrage statt. Es handelt sich darum, schon jetzt, noch vor der endgültigen Regelung im Arbeitsschutzgesetz, eine provisorische Lösung der Arbeitszeitfrage zu finden. Strittig ist hauptsächlich die Frage der sogenannten freiwilligen Mehrarbeit. Es soll nun ein Weg gefunden werden, wie auf der einen Seite der Mißbrauch der freiwilligen Mehrarbeit ausgeschlossen wird, auf der anderen Seite aber die Möglichkeit offenbleibt, in besonderen Bedürfnisfällen von einer Mehrarbeit der Angestellten und Arbeiter Gebrauch zu machen.

Die „Lex Höfle" angenommen.

Im Rechtsausschuß des Reichstages wurde die sogenannte „Lex Höfle" beraten. Bei der Vorlage handelt es sich um die kleine Strafprozeßnovelle, die von der Deutschen Volkspartei, dem Zentrum, den Sozialdemokraten, den Demokraten und der Wirtschaftlichen Vereinigung beantragt ist und die die Erfahrungen, die man durch den tragischen Tod des Ministers Höfle gemacht hat, in die Tat umsetzen will. So soll vor allem das Recht auf mündliche Verhandlung gegenüber Haftbefehlen sichergestellt und der Zeugniszwang für Redakteure aufgehoben werden. Die Vorlage wurde nach lebhafter Debatte bei Stimmenthaltung der Deutschnationalen vom Ausschuß angenommen.

Polen.

× **Ausschließung deutscher Gemeindeschöffen in Ostoberschlesien.** Aus verschiedenen polnischen Landgemeinden Oberschlesiens wird berichtet, daß dort die Wahlen der Gemeindeschöffen stattgefunden haben. In vielen Fällen wurden aber die deutschen Listen mit der Begründung ausgeschaltet, daß sie aus formellen Gründen als ungültig anzusehen seien. Infolgedessen wurden nur polnische Gemeindeschöffen gewählt.

Aus In- und Ausland.

Berlin. Das Reichskabinett hat beschlossen, die drei Mitglieder des Verwaltungsrates der Reichsbahngesellschaft, deren Amtszeit durch das Los beendet wurde, wieder in den Verwaltungsrat zu entsenden. Es handelt sich um Dr. Luther, von Siemens und von Batocki.

Berlin. Im Auswärtigen Amt sind die Ratifikationsurkunden des deutsch-lettländischen Handelsvertrages ausgetauscht worden.

Berlin. An Stelle des verstorbenen Generalobersten von Heeringen wurde der General der Artillerie a. D. von Horn zum Präsidenten des Kyffhäuserbundes gewählt. General von Horn steht im 61. Lebensjahre.

Magdeburg. Der Stahlhelm veröffentlicht eine Erklärung für General von Watter, in der er sich die Verunglimpfung des Generals verbittet. Weiter wird erklärt, daß der Stahlhelm politisch mit der Reichswehr nichts zu tun haben will.

Dresden. Die Wahl des neuen sächsischen Ministerpräsidenten mußte vertagt werden, da kein Kandidat die vorgeschriebene Mehrheit erhielt. Ein neuer Wahlgang soll am 7. Dezember vorgenommen werden.

Memel. Im Memelländischen Landtag wurde ein von der Memelländischen Volkspartei eingebrachter Mißtrauensantrag gegen das neugebildete Direktorium Falk mit 21 Stimmen der Antragsteller, bei Stimmenthaltung der vier Sozialdemokraten und der beiden Litauer, angenommen.

Landau. Der Prozeß wegen der Germersheimer Vorfälle wird in der Zeit vom 17. bis 22. Dezember in Landau stattfinden.

Schlußdienst.

Vermischte Drahtnachrichten vom 1. Dezember.

Der Vorsitz bei den nächsten Völkerbundtagungen.

Berlin. Nach Erkundigung an gutunterrichteter Stelle bestätigt es sich, daß Deutschland bei der bevorstehenden Tagung des Völkerbundrates noch nicht präsidieren, sondern voraussichtlich den Vorsitz in der Märztagung führen wird. Dieses Mal dürfte in der Tat der belgische Außenminister Vandervelde die Verhandlungen leiten.

Tschitscherin in Berlin.

Berlin. Der russische Außenminister Tschitscherin ist in Berlin eingetroffen und wird sich wahrscheinlich fünf bis sechs Tage hier aufhalten. Der hauptsächliche Anlaß für die Reise Tschitscherins nach Deutschland ist die Krankheit des russischen Außenministers. Er will in Frankfurt a. M. einen Arzt konsultieren. Tschitscherin wird aber auch in Berlin politische Besprechungen haben, und zwar wahrscheinlich auch mit dem Außenminister Dr. Stresemann. In diesen Besprechungen werden die zwischen Deutschland und Rußland schwebenden wirtschaftlichen Angelegenheiten, vor allem die Frage des Transitverkehrs Deutschlands durch Rußland, erörtert werden.

Berufung des Juwelenräubers Spruch.

Berlin. Der wegen Juwelenraubes zu sechs Jahren zwei Monaten Zuchthaus verurteilte Johannes Spruch hat sich entschlossen, gegen das Urteil Berufung einzulegen. Bei seiner Abführung erklärte Spruch mit strahlender Miene einigen Personen, die ihn umstanden: „Auf die Entscheidung lasse ich mich nicht ein. Sechs Jahre Z. ist mir der Spaß nicht wert."

Beihilfe für Schiffsbauten.

Stettin. Im Rahmen der Erwerbslosenfürsorge kann den Reedern und Küstenschiffern vom Reich und den Ländern in Fortsetzung des bekannten 50-Millionen-Kredits für Neubauten und werterhöhende Umbauten, die bis spätestens 31. März nächsten Jahres auf deutschen Werften in Auftrag gegeben werden, eine Beihilfe von 3—4 % je nach Höhe der Bausumme gewährt werden. Da der 50-Millionen-Kredit am 14. Oktober erschöpft war, kann diese Beihilfe auch für solche Aufträge gewährt werden, die nach dem 16. Oktober abgeschlossen worden sind. Während bei der Binnenschiffahrts-Kreditaktion die Kredite bei den Hypothekenbanken bereitgestellt wurden, müssen sich die Reeder bei der hier erwähnten Beihilfe das Kapital selbst beschaffen.

Amerikanische Vorstellungen bei der mexikanischen Regierung.

Mexiko. Der amerikanische Botschafter Sheffield hat beim mexikanischen Ministerium des Äußern wegen eines Überfalls von Agrarkommunisten auf eine in der Nähe von Matamaros gelegene, einem Amerikaner gehörige Farm

General von Dickhuth-Harrach,

der durch seine literarische Tätigkeit bekannt ist, feierte in diesen Tagen sein 50jähriges Dienstjubiläum. Er stand zuerst beim Grenadierregiment Nr. 11 in Breslau, war

dann Lehrer an der Kriegsakademie, dann Stabschef von Mackensen beim 17. Korps. Im Kriege war er zunächst Gouverneur von Thorn, darauf Führer der 87. und der 201. Infanteriedivision. Zum Schluß des Krieges führte er das nach ihm genannte Korps Dickhuth.

Lokales und Provinzielles.

Merkblatt für den 3. Dezember.

Sonnenaufgang	7^{44}	Mondaufgang	5^{17} V.
Sonnenuntergang	3^{55}	Monduntergang	3^{16} N.

1800 Sieg der Franzosen über die Österreicher bei Hohenlinden. — 1857 Der Bildhauer Christian Rauch gest. — 1870 Schlacht bei Orleans.

Arme kleine Ditta!

Roman von Erich Ebenstein.

Copyright by Greiner & Comp., Berlin W 30.

(Nachdruck verboten.)

11. Fortsetzung.

Eigner, der aus gutem Hause war und für unbedingt ehrlich galt, hatte in der letzten Zeit Beziehungen zu einer Tänzerin angeknüpft und konnte sich deren Gunst nur dadurch erhalten, daß er all ihre Wünsche erfüllte. Andernfalls drohte sie ihm beständig, den Antrag eines Schuhwarenhändlers anzunehmen, der sie heiraten wollte.

Im Anfang reichten seine Ersparnisse aus, um Fräulein Stella Domini zu befriedigen, später borgte er sich Geld aus, und als auch diese Quelle versiegte, entwarf er den Plan zum Verbrechen: Er zog, soweit es sich machen ließ, Jahresrechnungen der Kunden ein, erhob in Dittas Namen Gelder und als sich ein ansehnlicher Betrag in der Kasse befand ohne daß Ditta eine Ahnung davon hatte, denn diese Gebarung oblag Eigner, und sie selbst nahm nur zu Ende des Monats eine Prüfung der Bücher und des Kassenbestandes vor — beschloß er, sich des Geldes zu bemächtigen.

Es war für nächsten Sonntag geplant gewesen, doch beschloß Eigner dann, es lieber gleich an jenem Tag auszuführen, da Ditta ihm durch Fräulein Lebernegg sagen hatte lassen, daß sie an diesem Tage nicht ins Geschäft kommen werde.

Der Zweck, den er bei der ganzen Sache im Auge hatte, war, sich in den Besitz einer größeren Geldsumme zu setzen, die Stella Domini seit längerer Zeit immer dringender von ihm verlangte, weil sie damit in Kompagnie mit einer Freundin, die Modistin war, einen Modesalon übernehmen wollte. Sie hatte Eigner dafür versprochen, nicht nur ihren Beruf als Tänzerin aufgeben zu wollen, sondern den Schuhwarenhändler auch dann endgültig zu verabschieden.

Eigner, der sonst kein schlechter Mensch war, aber im Taumel der Leidenschaften handelte, der ihn gut und böse nicht mehr unterscheiden ließ, dachte über die Folgen nur insoweit nach, als es sich darum handelte, jeden etwaigen Verdacht von sich abzuwälzen. Er wollte einen Kasseneinbruch fingieren und dann alles in Brand stecken, so daß man glauben sollte, der unbekannte Einbrecher habe unvorsichtig mit Licht hantiert, wodurch der Brand entstanden sei. Er wollte dann noch einige Zeit seinen Posten als Geschäftsleiter bei Frau Gerstendörfer beibehalten, um keinen Verdacht zu erregen, dann aber kündigen, Stella Domini heiraten und sich in deren Modesalon betätigen. Die erschwindelten Gelder hoffte er bis dahin wieder ersetzt zu haben, soweit ihre Behebung, die vorläufig durch falsche Bucheintragungen gedeckt war, Frau Gerstendörfer hätte auffallen müssen. Er besaß nämlich eine alte Tante, die ihn zum Erben ihres Vermögens eingesetzt hatte und derzeit an einem unheilbaren Leiden schwer krank daniederlag. Auf ihren baldigen Tod hoffte er.

Indes, ungeübt im Verbrechen und von Natur aus wenig raffiniert, führte er alles ziemlich ungeschickt aus, abgesehen davon, daß seine Hoffnungen in bezug auf Stella Domini mit einer furchtbaren Enttäuschung endeten.

Durch die viel zu großen Mengen von Petroleum, welche er im Laden verschüttete, um ein rasches Umsichgreifen des Feuers zu bewirken, wußte man sofort, daß es sich um Brandlegung handelte.

Der Kasseneinbruch war so ungeschickt inszeniert, daß die Kriminalbehörde augenblicklich den Neuling erkannte und ihr Verdacht sich sogleich auf einen im Geschäft Angestellten wandte, und zwar auf Eigner, der am nächsten Morgen nirgends zu finden war.

Man forschte nach, erfuhr von seiner Wirtin, daß er am Abend vor dem Brandunglück nur kurze Zeit in seinem Zimmer geweilt, den Eindruck eines völlig verstörten Menschen gemacht und seitdem verschwunden war.

Weitere Nachforschungen legten sein Verhältnis zu Fräulein Domini klar, und die Tänzerin, in die Enge getrieben, gestand schließlich, daß er in der Nacht des 4. Mai unerwartet bei ihr erschienen war, um ihr eine von ihr früher geforderte Geldsumme zu überbringen.

Unglücklicherweise sei sie nicht allein gewesen, sondern in Gesellschaft des Schuhwarenhändlers, mit dem sie sich just an jenem Abend verlobt hatte . . .

Es gab eine heftige Szene und Herr Eigner stürzte schließlich mit einem Fluch wie ein Wahnsinniger fort. Seitdem wußte sie nichts von ihm . . .

Man ermittelte dann noch, daß er sich danach eine Zeitlang in einem bekannten Nachtlokal aufgehalten, dort einen Brief geschrieben und das Geld, das er bei sich trug, mit vollen Händen ausgestreut habe, indem er alle Anwesenden freihielt.

Seine Zechschuld betrug über dreihundert Mark, die er bar beglich, worauf er sich entfernte.

Als Nachtrag zu diesem Zeitungsbericht stand noch:

„Franz Eigners Leiche fand man soeben in den Flußauen an einem Baum, wo er sich erhängt hatte.

In seiner Rocktasche befand sich der Brief, den er im Nachtlokal geschrieben. Er ist an die Polizeibehörde gerichtet und enthält ein volles Geständnis seiner Tat.

Alle Einzelheiten derselben stimmen genau mit den auf Grund der ermittelten Tatsachen angenommenen Schlüssen der Behörde überein."

Degenbach atmete tief auf, als er das Zeitungsblatt aus der Hand legte.

Gott sei Dank — so war nun wenigstens dieser elende, schreckliche Verdacht von Ditta genommen! Freilich — der Schaden blieb. Die Versicherungsgesellschaft würde in Anbetracht der Brandlegung gewiß Einwände gegen den Schadenersatz machen — mindestens die Auszahlung hinausziehen, und vor allem würde die Lahmlegung des Betriebes Ditta von neuem in Sorgen stürzen, abgesehen davon, daß die von Eigner veruntreute Summe verloren war.

Aber mit einem frohen Gefühl sagte sich Degenbach zugleich: „Sie wird dabei wenigstens nicht alleinstehen, denn ich werde diese Sorgen mit ihr tragen!"

Er zweifelte nicht einen Augenblick, daß nun alles, alles gut werden müsse für sie beide, wenn sie sich nur erst ausgesprochen und ihre Herzen sich gefunden hätten für Zeit und Ewigkeit . . .

Ihm war, als brauchten sie einander überhaupt nur wiederzusehen, um sich ohne viel Worte zu verstehen.

Am Nachmittag um dieselbe Stunde wie gestern ging er zu ihr. Diesmal wurde er sogleich vorgelassen.

(Fortsetzung folgt.)

Der Werbeausschuß für Fremdenverkehr

hielt am Dienstag, den 30. November unter Leitung von **Badinspektor Nave** im Hotel Schneekoppe eine Sitzung ab, bei der zunächst Dr. Lachmann als neues Mitglied begrüßt wurde der anstelle von Hotelier Richter als Vorsitzender des hiesigen Wintersportvereines nunmehr dem Ausschuß angehört. — Der Eingang der von den Interessenten geforderten freiwilligen Beiträge für Werbezwecke ist auch weiterhin schlecht, trotzdem eine Einziehung durch den Gemeindeboten Frömberg versucht wurde. Herrn Frömberg wird für die damit verbundene Arbeit eine Vergütung bewilligt. Da nunmehr aber immer noch keine Aussicht besteht, das vorhandene Defizit zu decken, erklärt, sich die Gräfl. Badeverwaltung zur Uebernahme der Hälfte bereit, sofern die Gemeindeverwaltung die andere Hälfte übernimmt. Der zweite Vorsitzende, Gemeindevorsteher Dr. Unger wird in der Gemeindevertretung entsprechende Vorlage machen, auch soll dem Leiter des Ausschusses Gelegenheit gegeben werden, in der diesbezgl. Sitzung nochmals vor den Gemeindevertretern eingehend über die Notwendigkeit und die Ziele des Werbeausschusses zu referieren, dessen nächste größere Arbeiten die Herausgabe neuer Prospekte, die weitere Bearbeitung der Presse, Schaffung eines Archivs guter Photos- und vor allem eines Plakates sein sollen, für das der Vorsitzende ein Muster vorlegte.

Um nun das weitere Bestehen des Ausschusses zu sichern, ergibt sich nur noch die eine Möglichkeit, die für ihn notwendigen Geldmittel durch Einführung der sogenannten **Kurförderungsabgabe** seitens der Gemeinde aufzubringen. In der hierauf entstandenen, lebhaften Debatte wurde allerseits, insbesondere auch von den Herren Kaufmann Zimpel und Obermeister Hainke als Vertreter von Handel und Gewerbe betont, daß man sich im allgemeinen durchaus darüber klar sei, wie notwendig für Bad Warmbrunn die gesteigerte Verkehrswerbung wäre, zu der jeder Interessent natürlich sein Scherflein beitragen müsse und das als Interessent eigentlich **jeder Gewerbetreibende,** insbesondere auch der Handwerksstand anzusehen sei. Um aber die Veranlagung und Einhebung der Beiträge in gerechter Weise durchzuführen, sei die genannte Kurförderungsabgabe wohl das beste Mittel, die in anderen Bädern wie Flinsberg und Kudowa ebenfalls schon durchgeführt wäre. Es wird deshalb zur Förderung dieser Angelegenheit eine engere Kommission gewählt, die — aus den Herren Gemeindevorsteher Dr. Unger, Fremdenheimbesitzer Siebeneicher, Kaufmann Zimpel und Badinspektor Nave bestehend — die Statuten bis zu der bald erfolgenden nächsten Sitzung des Ausschusses vorbereiten soll, um sodann an den Gemeindevorstand mit der Bitte um Erlaß eines Ortsstatuts herantreten zu können. Ebenso wird der Ausschuß Vorschläge ausarbeiten für seine weitere Stellung zur Gemeindevertretung und Festlegung eines Arbeitsprogramms.

Die hierbei häufig angeschnittene Frage des von der Gemeinde erhobenen Verkehrsbeitrages, dessen Einhebung zuweilen auf Schwierigkeiten gestoßen ist, bat der Vorsitzende zurückzustellen bis zu der endgültigen und durch die Kurförderungsabgabe zu schaffenden Konstituierung des Werbeausschusses als offizielles Organ sämtlicher hiesiger Verkehrsbestrebungen.

An zweiter Stelle wird nochmals die Freigabe der Schloßstraße für den Auto- und sonstigen Fuhrverkehr behandelt, die solange natürlich zu Bedenken Anlaß gibt, als nicht genügende Sicherheitsvorrichtungen bei den Ein- und Ausfahrten vorhanden sind. Auch hierzu wird eine besondere Kommission, bestehend aus Amtsvorsteher Neugebauer, Kaufmann Siebeneicher und Dr. Lachmann bis zur nächsten Sitzung alle Möglichkeiten prüfen und sodann zwecks endgültiger Beschlußfassung Bericht erstatten.

Vom Vorsitzenden des kaufmännischen Vereines, Herrn Zimpel, der auch Mitglied des Ausschusses ist, wurde ein Antrag gestellt, daß der Werbeausschuß sich für Wiedereinsetzung der durch den Herrn Regierungspräsidenten aufgehobenen vier geschäftsfreien Sonntage verwenden möge. Da für einen Badeort wie Warmbrunn durchaus das Bedürfnis für einen erweiterten Geschäftsverkehr vorliegt, wird der Ausschuß sich dafür verwenden und ein Gesuch des kaufmännischen Vereines an die Hirschberger Handelskammer in dieser Hinsicht unterstützen.

Der Anschluß Warmbrunns an den Postautoverkehr konnte bisher immer noch nicht weiter gefördert werden, doch werden die entsprechenden Bemühungen hierfür deshalb noch keineswegs aufgegeben. Insbesondere will man versuchen, die von der Postverwaltung bereits unter gewissen Bedingungen zugesagte Unterstellung eines Sonderautos für Rundfahrten zu ermöglichen, weswegen Herr Dr. Lachmann mit der Aufgabe betraut wurde, die vorhandenen Möglichkeiten, namentlich das Vorhandensein einer entsprechenden Garage festzustellen und darüber demnächst zu berichten.

Im Anschluß hieran gab Herr Buchhändler Leipelt seine Erfahrungen über den außerordentlich umfangreichen Verkehr mit Sonderautos- und Autobussen in Südbayern und dem Salzkammergut bekannt.

Zum Schluß der Sitzung berichtete Badinspektor Nave noch über die von ihm persönlich geleistete Werbearbeit durch fortgesetzte Belieferung der deutschen Presse mit Berichten und Aufsätzen über Bad Warmbrunn, dessen Quellen, Sammlungen und sonstigen Vorzüge und legte ferner eine Reihe neuer Photos sowie den Entwurf eines modernen Werbeplakates für Bad Warmbrunn vor. Auch gab Herr Böse bekannt, daß die Zeitungsmeldungen über den Verkauf seines Hotels „Preußischer Hof" auf Unwahrheit beruhen.

— **General Engelmann** †. Der am 1. Dezember verstorbene Generalmajor Engelmann war eine in weitesten Kreisen wohlbekannte Persönlichkeit. Sein ganzes Leben hatte er dem Dienst des Vaterlandes geweiht. Er war am 4. November 1842 in Neisse geboren, wurde 1862 beim 62. Inf.-Rgt. in Cosel Leutnant und, nachdem er die Feldzüge 1866, 1870-71 mitgemacht hatte als Major nach Posen versetzt. 1888 wurde er in Magdeburg Bataillonskommandeur, und ein Jahr später übernahm er als besondere Auszeichnung das Halberstädter Detachierte Bataillon. Später war er als Oberstleutnant in Düsseldorf und als Oberst und Kommandeur in Oppeln. Am 15. Juni 1898 nahm er als Generalleutnant aus Gesundheitsrücksichten seinen Abschied und lebte seitdem wieder in seiner schlesischen Heimat. Sein einziger Sohn fiel als Hauptmann und Batteriechef im Weltkriege. Der Verstorbene erfreute sich allgemeiner Achtung, und man wird ihm allerseits ein treues, ehrendes Andenken bewahrt. — Bemerken wollen wir noch, daß General Engelmann über 30 Jahre ein treuer Abonnent unserer Zeitung war.

— **Die Meisterprüfung** bestand mündlich wie praktisch mit „Gut" am 21. November in Mügel der Bäckergehilfe Gerhard Neumann, Sohn des Bäckermeisters Herrn Neumann von hier.

— **Das Wasser des Gemeindewasserwerks** ist am 13. November d. J. in Anwesenheit des Herrn Kreisarztes durch den Direktor des staatlichen Medizinaluntersuchungsamtes in Breslau, Herrn Professor Kathe, chemisch-physikalisch und biologisch untersucht worden. Das Ergebnis der Untersuchung ist nach dem Bericht des Herrn Professor Kathe vom 20. November d. J. ein recht erfreuliches und wird wie folgt zusammengefaßt: In gesundheitlicher Hinsicht ist das Wasser als recht gut zu bezeichnen, der bakteriologische Befund kann als recht zufriedenstellend bezeichnet werden. — Gerade in der augenblicklichen Zeit, wo infolge zahlreicher Krankheitsfälle (z. B. in Hannover) in weiten Bevölkerungskreisen eine gewisse Besorgnis wegen der Qualität des Trinkwassers Platz gegriffen hat, ist obiges Ergebnis für die Gemeinde Bad Warmbrunn und ihre Wasserversorgung von ganz besonderer Bedeutung.

— **Laut Feststellung der hiesigen amtlichen Regenstation** betrugen die Niederschläge im vergangenen Monat 43,6 Liter auf den Quadratmeter oder 4,36 cm in Höhe und zwar an acht Regentagen. Der höchste Niederschlag (Regen und einziger Schneefall) war am 25. mit 27,3 Litern. Im November v. J. waren 12 Niederschläge mit 40,3 Litern, darunter sechs Schneetage.

— **Weitere Mittel für Schlesien.** Die Hoffnung, daß im Rahmen des Ostprogramms der Reichsregierung weitere Mittel zur kulturellen und wirtschaftlichen Förderung Mittelschlesiens flüssig gemacht werden, scheint nicht zu trügen. Ursprünglich waren der Provinz von den 32 Millionen nur 2,4 Millionen zugedacht. Durch Umstellung war der Betrag auf 4,2 Millionen erhöht worden. Nunmehr dürfte der Gesamtbetrag auf 41 Millionen und der Anteil Niederschlesiens auf 7,2 Millionen erhöht werden. Ferner kann damit gerechnet werden, daß an Kredithilfe für den durch Grenzzerreißung geschädigten Mittelstand in Ostpreußen und Schlesien statt der ursprünglich vorgesehenen 8 Millionen 13 Millionen zur Verfügung gestellt werden. In einer Besprechung der Parteiführer mit den Mitgliedern des Ostausschusses ist darüber Verständigung erzielt worden. Nach Mitteilung eines Regierungsvertreters ist auch mit der Zustimmung des Reichsfinanzministers zu rechnen.

— **Sperrung der Stephanshöhe.** Die Gastwirtschaft auf der Stephanshöhe oder, wie sie jetzt heißt, auf der Buchsteinhöhe bei Polaun, ist von der politischen Bezirksverwaltung in Gablonz gesperrt worden. Der Wirt, ein Deutscher, wohnt zwar noch in der Baude, darf aber nicht mehr ausschenken. Die tschechischen Behörden scheinen hier, um die Baude an sich zu bringen, ähnliche Mittel wie vor wenigen Jahren bei der Vertreibung der Familie Endler von der Wossekerbaude anwenden zu wollen. Mit der Sperrung der Baude ist der Besuch der Höhe, von deren weithin sichtbarem Turm man bekanntlich eine der umfassendsten Aussichten hat, unzweifelhaft, namentlich im Winter ungemein erschwert.

Hain, 1. Dezember. Der Skiverein Hain-Giersdorf hielt seine Hauptversammlung ab. Der Vorstand wurde bis auf einige kleine Abänderungen wiedergewählt. An sportlichen Veranstaltungen finden vorläufig statt: am 2. Weihnachtsfeiertag ein Eröffnungsrodeln, am 2. Januar allgemeine Lang- und Sprungläufe und am 16. Januar Vereinswettläufe. Die Bekanntgabe weiterer Veranstaltungen erfolgt später. Eine längere Aussprache entspann sich wegen der Sprungschanze und deren Ueberbrückung, die durch das Hochwasser arg beschädigt und zerstört worden sind. Da der Verein die Unkosten diesmal nicht übernehmen konnte, hat sich die Gemeinde und der RGV. Hain bereit erklärt, die Schäden ausbessern zu lassen. Augenblicklich befindet sich die Schanze noch im Bau und erfährt einige Verbesserungen.

Seidorf, 1. Dezember. Der Wintersportverein hielt vor kurzem eine Sitzung ab. Für den Winter 1926-27 wurde folgendes Sportprogramm aufgestellt: Dezember 25: Skispringen auf der Goldbrunnschanze, 26.: Vereins- und Gäste-Wettrodeln, 27: Jugend-Lang- und Sprunglauf; Januar 1: Fuchsjagd auf Schneeschuhen. — Sportwoche: Januar 9: Skilangläufe für Gäste und Vereinsmitglieder, 10: Kettenschlittenfahrt, 11: Fuchsjagd auf Schneeschuhen, 12: Skispringen für Jugend, 13.: Skijöring, 14.: Vereins- und Gäste-Wettrodeln, 15.: Gäste-Langlauf, 16.: Gelände-Hindernislaufen. — Januar 23: Jugend-Landlauf, 30: Vereins-Lang- und Sprunglauf; Februar 6: Wettrodeln, 15: Fastnachts-Ausflug, 27: Großer Lauf „Rund um Seidorf".

Grüssau, 1. Dezember. Die Geldnot der Landwirtschaft zeigt treffend das Ergebnis einer Zwangsversteigerung vor dem Amtsgericht in Landeshut. Zwei hiesige Grundstücke, Acker und Wiese, über 44 Hektar und über 7 Hektar groß, erbrachten den Preis von 720 Mk. und 98 Mk.

Marklissa, 1. Dezember. Der Eisenbahnzug Lauban wurde durch Lichtsignale zum Halten gebracht. Es stellte sich heraus, daß grober Unfug vorlag. Als Täter konnte ein junger Mensch verhaftet werden.

):(**Bad Salzbrunn,** 1. Dezember. Heute früh verstarb hier der zur Kur weilende Reichsgraf Bolko von Hochberg auf Rohnstock. Der Verstorbene, der nahezu 84 Jahre alt wurde, ist der Schöpfer der Schlesischen Musikfeste. Er hat sich um das Musikleben unserer Heimatprovinz überhaupt die allergrößten Verdienste erworben.

):(**Bunzlau,** 1. Dezember. (Ungetreuer Vormund.) Der verheiratete Former Paul Reimann von hier war Vormund eines unehelichen Kindes. Nachdem er die monatliche Unterhaltsrente von je 12 Mk., die seitens des Vaters des Kindes zu zahlen war, immer pünktlich und restlos abgeführt hatte, unterließ er dies in den Monaten April und Mai d. J. Die einbehaltenen 24 Mk. kamen ihm zugute, der seit 6 Wochen arbeitslos und dessen Frau krank war. Antragsgemäß verurteilte ihn heute das Erw. Liegnitzer Schöffengericht wegen Untreue gegen sein Mündel zu 3 Monaten Gefängnis. Der Verurteilte ist vorbestraft. Seine Tat ist sehr verwerflich. Auch mit Rücksicht darauf, daß er gegenüber seinem Mündel und dessen Vater immer noch der wirtschaftlich Stärkste war.

):(**Sagan,** 30. November. (Unglücksfall oder Verbrechen?) Der seit Jahrzehnten bei den Helenenhütten (Müller u. Schwartz, Nieder-Hartmannsdorf) beschäftigte Schürer Heinze wurde in einem Trichter tot aufgefunden. Beide Beine waren ihm fast völlig verbrannt. Die Trichter sind mit Kohle gefüllt und dienen zur Entwicklung des Gases, mit dem die Glasschmelzöfen geheizt werden. Der Schürer wurde in einem Ofen gefunden, der wegen einer Reparatur erst in einigen Wochen in Betrieb gesetzt worden wäre. Sein Wochenlohn fehlte ihm. Da er bereits früher einmal mit Steinen beworfen worden sein soll, liegt die Möglichkeit nahe, daß hier ein Verbrechen vorliegt.

):(**Steinau a. O.,** 1. Dezember. (Erhängt.) Der Fahrradhändler Paul Schulz von hier wurde gestern Nacht auf dem Breslauer Hauptbahnhof in einem Zugabteil erhängt aufgefunden. Die Gründe für seinen Selbstmord sind unbekannt.

):(**Ohlau,** 1. Dezember. (Bubenstreich.) Am Schloßteich warf ein unbekannter dummer Junge ein Stück Draht über die elektrische Leitung. Es entstand Kurzschluß, sodaß die Stadt eine halbe Stunde ohne Licht war.

):(**Oels,** 1. Dezember. (Einer von Nachod.) Der 81jährige Kutscher Wilhelm York, der die Attacke bei Nachod mitgeritten hat, ist auf dem Gut in Stronn verstorben.

Beuthen OS., 1. Dezember. (Aufhebung einer Falschmünzerwerkstatt.) Der hiesigen Kriminalpolizei wurde in der Nacht von Sonntag zu Montag gemeldet, daß in einer Wohnung der Tarnowitzer Chaussee eine Falschmünzerwerkstatt eingerichtet sei. Die sofort vorgenommene Haussuchung führte zu deren Entdeckung in der Wohnung der Gebrüder Wilhelm und Eduard Matschke, die auf der Stelle verhaftet wurden. Bei der Durchsuchung der Wohnräume fand die Polizei Maschinen zur Herstellung von Falschgeld, Platten, Stanzen, eine Stanzmaschine, Lupen, Chemikalien und andere Falschmünzerwerkzeuge. Schließlich wurden noch einige neue, falsche Fünfzig-Pfennigstücke gefunden. Eine zweite Durchsuchung aller Räume förderte dann die in den Schäften von hohen Stiefeln versteckten Stempel und Platten für die Herstellung falscher Fünfzigmarkscheine und Abzüge davon zutage. Die beiden verhafteten Brüder waren bereits im Jahre 1922 unter dem Verdacht der Falschmünzerei verhaftet worden. Sie mußten aber damals nach mehrmonatlicher Untersuchungshaft wieder entlassen werden, da das vorgefundene Belastungsmaterial zur Strafverfolgung nicht ausreichte.

Der Juwelenräuber Spruch,

der wegen schweren Raubes, Nötigung und erschwerten unerlaubten Waffenbesitzes zu einer Gesamtstrafe von sechs Jahren einem Monat Zuchthaus, fünf Jahren Ehrverlust und Stellung unter Polizeiaufsicht verurteilt wurde. Wegen Sachhehlerei erhielten Charlotte Spruch fünf Monate, Else Ringhausen drei Monate Gefängnis.

In der Urteilsbegründung hob das Gericht hervor, daß der Angeklagte sein Verbrechen mit einem geradezu übernormalen Denkvermögen ausgeführt hat. Er hat Geistesgaben bewiesen von einer außergewöhnlichen Energie für die Durchführung seines Verbrechens. Sein

Juwelenräuber Spruch.

Vorleben zeigt, daß er die Tat nicht nur aus Sensationslust verübt hat. Es handelt sich um ein ganz gemeines Verbrechen, deshalb wurden ihm mildernde Umstände versagt. Mit Rücksicht auf die ärztlichen Gutachten ist das Gericht bei den Einzelstrafen nicht über die gesetzliche Mindeststrafe hinausgegangen.

Spruch blieb bei der Urteilsverkündung zuerst vollkommen gleichgültig. Nur als Landgerichtsdirektor Crohne betonte, daß es allein dem Verdienst der Kriminalpolizei zuzuschreiben sei, daß der Raub restlos wieder herbeigeschafft worden ist, geriet er in Erregung und Wut.

Nah und Fern.

○ **Furchtbare Rache wegen einer Verurteilung.** In Jassow in Pommern drang der Maschinenmeister Krause, der wegen Beleidigung seiner Schwägerin zu einer Geldstrafe verurteilt worden war, in das Haus der Schwägerin und seiner Schwiegermutter ein, verletzte beide Frauen durch Revolverschüsse schwer und verübte dann Selbstmord.

○ **Vor Schreck die Sprache verloren.** Der Heizer Andreas Stadelmann bediente einen Kessel des Walzwerkes Eschweiler-Aue. Beim Kohlenauffüllen erfolgte in dem Feuer, wahrscheinlich durch eine in der Kohle befindliche Sprengkapsel, ein starker Knall, der den Heizer derart erschreckte, daß er die Sprache verlor.

○ **Riesenunterschlagung.** Der Direktor der Bodenheimer Spar- und Darlehnskasse, Ferdinand Specht, wurde wegen Veruntreuung von 113 000 Mark in Haft genommen. Unter dem Verdacht der angeblichen Beihilfe wurde der Fabrikant Hans Kohl ebenfalls verhaftet.

⊙ **14 Personen beim Bau einer Wasserleitung ertrunken.**

○ **Kirchenraub.** Kirchenräuber brachen in die Wallfahrtskirche des berühmten Klosters Andechs am Ammersee ein und raubten ein Meisterwerk Weilheimer Golh-

Schmiedekunst des Goldschmiedes Kitzinger (1726). Die Monstranz, ganz aus Gold und Silber, ist von einer Reihe echter Edelsteine und Perlen umgeben. Außerdem wurden drei silberne Kränze und ein mit Diamanten besetzter Hostienhalter gestohlen. Die Verbrecher haben auch das von den Wallfahrern verehrte Gnadenbild am unteren Hochaltar seines ganzen Schmuckes beraubt. Vom Marienbild wurde das Zepter mit der Hand der Heiligenfigur abgeschlagen.

⊙ **Großfeuer bei Paris.** In dem Öllager der Firma Veedol in Aubervilliers bei Paris brach ein Feuer aus, das sich über das ganze Lager ausdehnte und die Stadt in eine schwarze Rauchwolke hüllte. Die Löscharbeiten gestalteten sich äußerst schwierig. Mehrere Feuerwehrleute erlitten Erstickungsanfälle. Der Schaden beträgt über zehn Millionen Frank.

⊙ **Nachlassen der Vesuvtätigkeit.** Die Berichte aus Neapel stellen ein weiteres Nachlassen der Tätigkeit des Vesuvs fest. Der Direktor des Observatoriums teilt mit, daß infolge der neuen und voraussichtlich auch noch weiterhin folgenden Lavaausströmungen der Kessel des inneren Kraters ausgefüllt sei und der Vesuv vielleicht schon in einem Jahre seine alte historische Form eines vollkommenen Kegels wieder annehmen werde, welche durch den Ausbruch von 1906 zerstört worden ist. Die Rauchsäulen an den kleinen Nebenkegeln und Schwefelgruben bei Pozzuoli dauern an.

Bunte Tageschronik.

Detmold. Der Eisenbahnbetriebsassistent Heinrich Peters aus Lage, der vor einigen Tagen nach Veruntreuung von etwa 19 000 Mark flüchtig geworden war, wurde in München verhaftet. Man fand bei ihm noch 15 000 Mark vor.

Hamm. Von den bei der Schlagwetterexplosion auf Zeche „de Wendel" schwerverletzten Bergleuten ist noch ein Bergmann seinen schweren Verletzungen erlegen. Der Zustand eines weiteren Bergmannes ist derart, daß an seinem Aufkommen gezweifelt wird.

Brüssel. Diese Woche werden in öffentlicher Auktion die Schiffe der belgischen Kriegsflottille, die am 31. März 1927 aufgelöst wird, zum Kauf angeboten.

Stamford (Northamptonshire). Beim Absturz eines Heeresflugzeuges wurde der Führer getötet, der zweite Insasse schwer verletzt.

Budapest. Ein Kürschnermeister in Szegedin in Ungarn, der infolge der ungewöhnlich warmen Witterung keine Pelze verkaufen konnte, nahm sich die Laune des Wettergotters so zu Herzen, daß er Selbstmord beging.

Arbeiter und Angestellte.

Gera. (Arbeitsruhe im sächsisch-thüringischen Webereibezirk.) Obwohl die Arbeitgeber im sächsisch-thüringischen Webereiverband die beschlossene Aussperrung in den Ortsgruppen Glauchau, Merane und Neustadt an der Orla um einen Tag verschoben hatten, sind die Arbeitnehmer der streikenden Firmen Schulenburg & Beßler in Gera und Ernst Engländer in Berga nicht zur Arbeit zurückgekehrt, so daß die Aussperrung jetzt für das gesamte Gebiet des sächsisch-thüringischen Webereiverbandes durchgeführt worden ist. Es sind ungefähr 26 000 Arbeitnehmer von der Aussperrung betroffen.

Elberfeld. (Kündigung des Lohnabkommens in der rechtsrheinischen Textilindustrie.) Das Lohn- und Arbeitszeitabkommen für die Textilindustrie im rechtsrheinischen Bezirk ist, wie der Zentralverband christlicher Textilarbeiter Deutschlands mitteilt, zum 31. Dezember gekündigt worden.

London. (Die Arbeitslosenziffer in England.) Die Zahl der Arbeitslosen in der Woche bis zum 22. November betrug 1 514 700. Das bedeutet gegenüber der Vorwoche eine Reduzierung um 36 865, gegenüber dem Vorjahr jedoch noch eine Steigerung um 340 155.

Spiel und Sport.

Sp. **Steuern und Turnvereine.** Die Tagung des Turnkreises Mittelrhein der Deutschen Turnerschaft in Wiesbaden hat eine Entschließung angenommen, in der es heißt: Der Kreisvorstand wird ersucht, das folgende Gesuch durch Vermittlung des Vorstandes der D. T. sofort an den Herrn Reichsminister der Finanzen gelangen zu lassen: Der Artikel 15 der Verordnung über die Sondersteuer für das Jahr 1926, bzw. eine neue Verordnung für das Jahr 1927 möge dahin ergänzt werden, daß bei den steuerfrei zu belassenden Gebäuden (Kirchen und Kirchendienerwohnungen) auch die vereinseigenen Turnhallen genannt werden. Dieselben Gründe, die für die Umsatzsteuerbegünstigung für die Vereine zur körperlichen Ertüchtigung des Volkes vom 25. Mai 1926 ausschlaggebend waren, treffen auch auf dieses Gesuch in allen Teilen zu.

Sp. **Das goldene Sportabzeichen für eine 42jährige.** Eine sportliche Glanzleistung hat eine 42jährige Dresdener Schwimmerin vollbracht. Nach Erfüllung aller vorgeschriebenen Bedingungen erhielt sie jetzt das goldene Sportabzeichen ausgehändigt. Die Verleihung dieser Auszeichnung gehört bekanntlich zu den größten Seltenheiten und ist bisher nur wenigen deutschen Männern und Frauen zuteil geworden. Die Verleihung an die 42jährige Frau beweist wieder, daß Frauen selbst in höherem Alter noch zu besonderen Leistungen fähig sind, wenn sie regelmäßig Sport treiben.

Sp. **Eine Deutschlandschwimmreise** beabsichtigt der Pariser Schwimmklub S. C. Universitaire de France im kommenden Frühjahr, wobei er in Magdeburg und Leipzig u. a. zu starten gedenkt.

Börse und Handel.

Amtliche Berliner Notierungen vom 1. Dezember.

* **Börsenbericht.** Auf zuversichtliche Nachrichten über bevorstehende Rückgabe des deutschen Eigentums in Amerika hin zogen an der Börse die dafür in Frage kommenden Freigabewerte kräftig an, auch chemische und Bankaktien lagen fest. Die deutschen Anleihen dagegen waren schwach. Am Geldmarkt sind die Sätze noch sehr hoch, tägliches Geld 6,50—8 %, monatliches Geld 6,50—7,50 %.

* **Devisenbörse.** Dollar 4,20—4,21; engl. Pfund 20,37—20,42; holl. Gulden 167,97—168,39; Danz. 81,53 bis 81,73; franz. Frank 15,45—15,49; schweiz. 81,04 bis 81,24; Belg. 58,41—58,55; Italien 17,93—17,97; schwed. Krone 112,06—112,34; dän. 111,81—112,09; norweg. 105,87 bis 106,13; tschech. 12,43—12,47; österr. Schilling 59,26 bis 59,40.

* **Produktenbörse.** Von Nordamerika lauten die Depeschen der Terminmärkte teilweise schwächer, aber die Forderungen Argentiniens sind infolge von Regenmeldungen eher etwas fester. Liverpool hat durch leichte Abschwächung seiner Anfangskurse die Abweichung wieder gutgemacht. Hier ist aus der Provinz in prompter Abladung Weizen nur wenig und meist in geringeren Qualitäten angeboten. Andienungsmaterial fehlt vorläufig und das veranlaßte für Dezemberlieferung festere Haltung. Von Roggen zeigt sich etwas mehr Angebot in Kahnware bei mäßigem Entgegenkommen in den Forderungen. Waggonware ist knapp. Im Lieferungsgeschäft bleibt die Haltung ziemlich fest und die Preislage etwas höher. Gerste hat ihre Situation wenig geändert. Hafer besonders in besseren Qualitäten bei knappem Angebot fest, Mittelware preishaltend. Weizenmehl behielt schwieriges Geschäft, für Roggenmehl zeigte sich etwas mehr Bedarf.

Getreide und Ölsaaten per 1000 Kilogramm, sonst per 100 Kilogramm in Reichsmark:

	1. 12.	30. 11.		1. 12.	30. 11.
Weiz., märk.	268-271	269-272	Weizkl. f. Brl.	12.5-12,7	12.5-12,7
pommersch	—	—	Roggkl. f. Brl.	11,8-12,2	11,8-12,2
Rogg., märk.	226-231	226-231	Raps	—	—
pommersch	—	—	Leinsaat	—	—
westpreuß.	—	—	Vikt.-Erbsen	54-61	55 61
Braugerste	215-245	215-245	kl. Speiseerbs.	32-35	32-35
Futtergerste	190-203	190-203	Futtererbsen	21-24	21-24
Hafer, märk.	174-185	174-185	Peluschken	20-22	20-22
pommersch	—	—	Ackerbohnen	21-22	21,0-22,0
westpreuß.			Wicken	22-24	22-24
Weizenmehl			Lupin., blaue	14-15	14-15
p. 100 kg fr.			Lupin., gelbe	14,5-15,5	14,5-15,5
Bln. br. inkl.			Seradella	21,0-22,5	21,5-23
Sack (feinst.			Rapskuchen	16,2-16,3	16,2-16,3
Mrk. ü. Not.	35,0-38,2	35,0-38,2	Leinkuchen	20,8-21,2	20,8-21,1
Roggenmehl			Trockenschtzl.	9,5-9,6	9,5-9,6
p. 100 kg fr.			Soya-Schrot	19,3-20,0	19,3-20,0
Berlin br.			Torfml. 30/70	—	—
inkl. Sack	32,2-34,0	32,2-34,0	Kartoffelfld.	26,0-26,4	26,0-26,4

* **Magerviehmarkt.** Schweine- und Ferkelmarkt. **Auftrieb:** 417 Schweine und 717 Ferkel. **Verlauf:** Langsames Geschäft. Es wurden gezahlt im Großhandel für: Läuferschweine, 7 bis 8 Monate alt 70—85, 5—6 Monate alt 50—70; Völke, 3—4 Monate alt 30—50; Ferkel, 9—13 Wochen alt 22—28, 6—8 Wochen alt 16,50—22 Mark pro Stück.

* **Schlachtviehmarkt.** Preise in Reichsmark für 1 Zentner Lebendgewicht. Auftrieb: 1454 Rinder, darunter 245 Ochsen, 379 Bullen, 830 Kühe und Färsen, 2287 Kälber, 3594 Schafe, 9732 Schweine, zum Schlachthof direkt seit dem letzten Viehmarkt 2336, 1877 Auslandsschweine. Marktverlauf: Bei Rindern in guter Ware glatt, sonst ruhig, bei Kälbern ziemlich glatt, bei Schafen und Schweinen ruhig. Ochsen a) vollfleischige, ausgemästete höchsten Schlachtwertes, jüngere 58 bis 60, b) sonstige vollfleischige, jüngere 54—56, c) fleischige 47—50, d) gering genährte 42—45; Bullen a) 55—56, b) 52 bis 54, c) 48—50, d) 45—47; Kühe a) 47—50, b) 37—45, c) 27 bis 34, d) 20—24; Färsen a) 56—58, b) 48—53, c) 42—45; Fresser 38—44; Kälber a) 78—90, b) 55—75, c) 43—52; Schafe a) 52—55, b) 42—48, c) 36—40, d) 30—33; Schweine a) 77 bis 78, b) 70—77, c) 73—75, d) 68—72; Sauen 66—68.

* **Tilgung von Rentenbankscheinen.** Der Nachrichtendienst der Deutschen Rentenbank teilt mit: Von der Deutschen Rentenbank wurden heute 293 444 861 Reichsmark gemäß § 11 des Gesetzes über die Liquidierung des Umlaufs an Rentenbankscheinen vom 30. August 1924 der Reichsbank überwiesen. Dieser Betrag stellt das zweite Drittel der seinerzeit auf Grund der Rentenbankverordnung — zunächst über die Reichsbank und die Privatnotenbanken — gegebenen und später auf die Deutsche Rentenbank übergeführten Wirtschaftskredite dar. (Das erste Drittel wurde vorschriftsmäßig bis zum 30. November 1925 getilgt.) In Höhe dieses im Girowege überwiesenen Betrages bringt die Reichsbank Rentenbankscheine zu Vernichtung.

* **Die Reichsindexziffer für die Lebenshaltungskosten im November 1926.** Die Reichsindexziffer für die Lebenshaltungskosten (Ernährung, Wohnung, Heizung, Beleuchtung, Bekleidung und „Sonstiger Bedarf") beläuft sich nach den Feststellungen des Statistischen Reichsamts für den Durchschnitt des Monats November auf 143,6 gegen 142,2 im Vormonat. Sie hat sich sonach um 1,0 % erhöht. Die Indexziffern für die einzelnen Gruppen betragen (1913/14 = 100): für Ernährung 148,2, für Wohnung 104,9, für Heizung und Beleuchtung 144,0, für Bekleidung 158,4, für den „Sonstigen Bedarf" einschließlich Verkehr 184.7.

Der Deutsche Rundfunk

die größte Funkzeitschrift, bringt alle Programme und großen Unterhaltungs- und Bastlerteil. Nur 50 Pf. jede Woche. Abonnementsbestellung bei jedem Briefträger

Probenummern kostenlos vom Verlag Berlin N 24

Vereins-Kalender

Schützengilde Entenschießen: Mittwoch, den 8. Dezember, Hotel „Flotte", Mittwoch, den 15. Dezember, Hotel „Viktoria", Mittwoch, den 22. Dezember, Hotel „Flotte".
Beginn an sämtlichen Tagen 8 Uhr abends.

Schützengilde Warmbrunn. Täglich: Kleinkaliber-Uebungsschießen in folgenden Lokalen: Hotel „Viktoria", Voigtsdorfer Straße, Gasthof „Zur Deutschen Flotte", Schloßstraße, Hotel „Preußische Krone", Hirschberger Straße. Teilnahme jedermann gestattet.

M.-G.-V. „Harmonie". Jeden Freitag abends 8 Uhr Singstunde im „Goldenen Löwen".

Stenographenverein „Stolze-Schrey". Jeden Donnerstag abend von 8 Uhr ab Uebungsabend in der Evangelischen Schule.

Heute Abend erlöste Gott unsern herzensguten Vater, Schwieger- und Grossvater, Schwager und Onkel,

Herrn Generalmajor a. D.

Adolf Engelmann

im 85. Lebensjahre von langem, schwerem Leiden.

Im Namen der übrigen Hinterbliebenen:

Berta Freifrau von Nordeck
geb. Engelmann.

Herischdorf bei Warmbrunn, den 30. November 1926.
Gottwaldstr. 3

Die Beerdigung findet am Sonnabend, den 4. Dezember, um 2 Uhr vom Trauerhause aus statt.
Feierliches Requiem in der Pfarrkirche am Sonnabend, 4. Dezember, vorm. 8 Uhr.

Freitag, den 3. und Sonnabend, d. 4. Dezember

2 Ausnahmetage

Götterspeise 1/4 Pfund 30 Pfg

Jubel-Toffee 1/4 Pfund 34 Pfg.

Krokant-Mandeln 1/4 Pfund 18 Pfg.

Pfefferkuchen billigst.

„Oku" Ostdeutsches Konsumhaus
Haus Meerschiff.

„Meine Frau war ihr Leben lang, über 60 Jahre, mit einer häßlichen

Flechte

behaftet. Kein gesundes Fleckchen hatte sie auf dem Leibe. Nachdem sie „Zucker's Patent-Medizinal-Seife" angewendet hat, fühlt sie sich wie neugeboren. Schon nach 8 Tagen spürte sie Linderung und in 3 Wochen waren die Flechten beseitigt. Wir sagen Ihnen innigsten Dank. „Zucker's Patent-Medizinal-Seife" ist Tausende wert. E. M." à Stck. 60 Pfg. (15 %ig), Mk. 1.— (25 %ig) und Mk. 1.60 (35 %ig, stärkste Form). Dazu „Zucker-Creme" à 45, 65 und 90 Pfg. In allen Apotheken, Drogerien und Parfümerien erhältlich.

Bekanntmachung.

Die Steuerpflichtigen werden ersucht, die für den Monat Dezember 1926 fälligen Steuern, wie **Grundvermögenssteuer, Gemeindezuschlag, Hauszinssteuer, bis zum 15. d. Mts. (keine Schonfrist)** an die hiesige Gemeindekasse zu zahlen.

Nach diesem Zeitpunkt erfolgt die zwangsweise Beitreibung. Diese Veröffentlichung gilt zugleich **als öffentliche Mahnung.**

Bad Warmbrunn, den 2. Dezember 1926.

Der Gemeindevorsteher: Dr. Unger.

Bekanntmachung.

Klein- und Sozialrentnerunterstützung wird am Freitag, den 3. Dezember 1926, vormittags von 10 bis 12 Uhr, im Zimmer 2 des hiesigen Gemeindeamtes gezahlt.

Herischdorf i. Rsgb., den 2. Dezember 1926.

Der Gemeindevorstand. gez.: Koser.

Ich habe mich als

praktischer Arzt
in Seidorf Rsgb.
niedergelassen.
Fernruf: Arnsdorf Rsgb. 101.

J. Rommerskirch
prakt. Arzt.

Zur Beachtung!

Trotz Vertretung im Mütterheim führe ich meine Praxis wie bisher weiter.

Frau Menzel, Hebamme
Bad Warmbrunn.

Gummistempel, Petschafte, Stempelkissen
liefert zu Original-Preisen
P. Fleischer,
Buchdruckerei.

Drucksachen jeder Art liefert in geschmackvoller Ausführung und zu billigsten Preisen WARMBRUNNER NACHRICHTEN.

Rama butterfein - tuts allein
MARGARINE